

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags aussermal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Bestellung aus dem Haus für Gross-Berlin 10.- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8.50 M. Für Böhmen bezogen werden sämtliche Postanfragen beantwortet. Unter Kreuzband bezogen für Deutschland und Österreich 16.50 M., für das übrige Ausland 21.50 M. Ausländische Postanfragen, per Brief für Deutschland und Österreich 10.- M. Ausserhalb Deutschlands, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 24b.

Die abgesetzten Konzepte über deren Raum kostet 5.- M. einschließlich Steuerungsbeitrag. Kleine Anzeigen: Das Freitagliche Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1.50 M., einschließlich Steuerungsbeitrag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 3.00 M. netto pro Zeile. Stellen-Angebote in Wochen-Anzeigen: das Freitagliche Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Remittenten: Zentrum 2030, 2645, 4516, 4003, 4035, 4049, 4023

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Russischer Vormarsch an der Westfront

Peltjura vor der Vernichtung

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.)

Stockholm, 23. November.

Der Frontbericht des Generalstabes der Roten Armee vom 23. November lautet:
Aktive militärische Operationen gegen Peltjura haben angefangen, vollständige Vernichtung dieser Heere kann bald erwartet werden. Peltjuras Kavallerie-Division ist ganz zertrümmert und zerstreut. Während der letzten drei Tage sind 30 Kanonen und 73 Maschinengewehre genommen.
Im Moskauer Gebiet fortgesetzter erfolgreicher Vormarsch. Kaminowitschi ist zurückgerobert, Gefangene und Kriegsbeute gemacht. Im Restgebiet schlagen wir sämtliche Angriffe auf Keschu zurück. Der feindliche Rückzug vollzieht sich in südwestlicher Richtung.

Südwestfront: In der Richtung Korosten—Moskau besetzten unsere Truppen die Station Schlowitschna und überschritten den Fluss Schlowitschna nordwestlich des Dnests. Unser Vormarsch dauert an. Im Prosluragebiet fortgesetzte Kämpfe bei Deraschna. Westlich haben unsere Truppen wieder den Feind geschlagen und zahlreiche Stellungen 12 bis 15 Werst südöstlich und östlich Prosluraw besetzt. Wir haben 13815 Gefangene gemacht, über 9000 Pferde und 1 Abteilung Panzerautomobile mit Munition, viele Kanonen und Maschinengewehre erbeutet.

In Stockholm ist aus Moskau Professor Lomonossow eingetroffen. Er ist bevollmächtigt, namens der Räteregierung mit der schwedischen Regierung über Zusammenziehung der künftigen russischen Handelsdelegation in Stockholm zu unterhandeln. Lomonossow selbst ist zum bevollmächtigten Vertreter der Räteregierung mit den Befugnissen eines Volkskommissars bei allen ausländischen Eisenbahnbestellungen ernannt.

Gewinn und Verlust der Roten Armee in der Krim

DE. Helfingsfors, 22. November.

In der Petersburger „Roten Zeitung“ veröffentlicht Wela Klu einen Artikel, worin er hervorhebt, daß die Roten in den Kämpfen um den Besitz der Krim außerordentlich große Verluste gehabt hätten. Die Befestigungen an der Perekop-Landenge und an der Simaschlucht seien unter unerhörten Opfern seitens dreier roter Divisionen genommen worden. Die

Kriegskommissare des Befehlshabers der Roten Kavallerie Subjenny melden telegraphisch, daß die Wrangeltruppen keine Zeit gehabt hätten, die Verpflegungsvorräte und das Kriegsmaterial in der Krim zu vernichten. Es seien Geschütze erbeutet worden, die ein Kaliber aufwiesen, welches nur aus dem Kriege gegen Deutschland bekannt war. General Bogajewski, der die Donsozialen kommandiert hat, ist im Reiterkampf mit der roten Kavallerie gefallen.

Die aus der Wrangelarmee zu den Roten Truppen übergetretenen Soldaten werden von dem Sowjetkommando an die nördliche Front abgehoben. Die Sowjetpresse ist der Ansicht, daß Wrangel einen Teil seiner Truppen über Rumänien an die Balachowitschfront werfen werde und einen anderen Teil über Georgien in den Nordkaukasus, um dort eine neue Front zu bilden. Ueber das Schicksal der Weißen Flotte schweigt die Sowjetpresse. Sie empfiehlt dringend, alles erbeutete Kriegsmaterial sofort an die Peltjurafront zu schaffen, da Balachowitsch eine Verbindung mit dieser Front herzustellen beabsichtigt.

Die Russen vor Kiew

DA. Warschau, 23. November.

Die ukrainischen Truppen haben Kiew geräumt und ziehen sich zurück. Die russischen Truppen stehen unmittelbar vor der Stadt, deren Einnahme durch die Rote Armee kühnlich erwartet wird.

Die Zustände in Budapest

DA. Budapest, 23. November.

Die Organisation der Budapester Zeitungsseher sagte den Beschluß, vom Minister des Innern die sofortige Abstellung der unerträglichen Verhältnisse zu verlangen, die sich nachts auf den Straßen herausgebildet hätten. Sie seien in der Nacht nach Beendigung der Arbeit auf der Straße dauernd in Handlung ausgelegt und würden, wenn nicht unerzählich Hilfe eintrete, die Arbeit einstellen. Es muß also in Budapest mit einem Streik der Zeitungsseher gerechnet werden, da die Regierung Horthy weder den Willen noch die Macht besitzt, die Passanten und Arbeiter zu schützen. Interessant ist das Geständnis des Ministers des Innern gegenüber einem Berichterstatter des „Magyarorszag“, daß es unmöglich sei, die derzeitigen Zustände aufrecht zu erhalten, angesichts derer nach 9 Uhr abends kein Mensch ohne Zittern die Straße zu betreten wage.

Die Unruhen in Irland

Die Unruhen in Irland gehen weiter. In Dublin hat das Militär nach Umzingeln der Stadt jeden Fußgänger, Fuhrwerk und Bahnverkehr stillgelegt. Die Truppen bekämpfen die Hauptstraßen. Es fanden Straßenkämpfe zwischen den Streitkräften der Regierung und den irischen Freiwilligen statt. Auf beiden Seiten wurde eine Anzahl verwundet. Mehrere Freiwillige wurden gefangen genommen. Amtlich wird in Dublin bekanntgegeben, daß der Lord Mayor die Polizei um Schutz ersucht habe. Da keine städtische Polizei und keine königliche irische Polizei verfügbar war, wurde ein Trupp Hillspolizei zum Schutze des Lord Mayors entsandt. In Cork wurde ein Detektiv von Sinnfeinern entführt. Die Bürger von Cork sind mit Wiederherstellungsmassnahmen bedroht worden, wenn der Entführte nicht zurückgebracht würde.

Zwischen Dublin und Limerick wurden zwei des Nordes an einem Polizisten angeklagt und freigesprochene Zivilisten erschossen; In der Nähe von Clibberone wurde ein Polizist erschossen, ein anderer schwer verwundet. Bei Annapagh wurde ein Zivilist durch Militär erschossen, ebenso in Dragan. Die englische Arbeiterpartei hat im Hinblick auf die Mordtaten in Dublin von ihrem Plan, eine Untersuchungskommission nach Irland zu senden, abgesehen. In einer öffentlichen Erklärung verurteilt die Partei aufs schärfste die Morde in Dublin und fordert, daß die Sinnfeiner-Führer die Erklärung abgeben, daß sie mit diesen Verbrechen nichts zu tun haben, daß aber auch die britische Regierung weitere Verhaftungsmassnahmen verhindern. Beide Parteien werden zu einem Waffenstillstand aufgefordert, um in Ruhe die irische Frage zu lösen. Die Debatte über Irland im Unterhaus, die für Mittwoch vorgesehen war, soll angesichts der erregten Stimmung verschoben werden.

Die griechische Frage

HA. Paris, 23. November.

Langues hat gestern ein zweites Telegramm nach London geschickt, um den französischen Standpunkt in der griechischen Frage darzulegen. Die französische Regierung hält an ihren Beschlüssen fest, daß eine öffentliche Erklärung abgegeben werden müsse, in der das griechische Volk klar auf die ersten

Folgen einer Rückkehr Konstantins hingewiesen werde. Das Telegramm begründet dann eingehend, weshalb Konstantin von Frankreich nicht geduldet werden könne. England hat die französischen Telegramme noch nicht beantwortet. Die französische Regierung hält daran fest, daß unter allen Umständen vor der Donnerstagabstimmung in der griechischen Kammer die oben genannte Erklärung abgegeben werden müsse, damit die Abstimmung nicht unter falschen Voraussetzungen und ungenügenden Klärungen stattfinden.

Gewerkschaftskongress in London

Amsterdam, 23. November.

Die „Times“ meldet aus London, daß der Internationale Gewerkschaftsbund zum Nachfolger von Appleton, der gestern zurückgetreten ist, den bekannten englischen Eisenbahnfahrer Thomas zum Vorsitzenden des Internationalen Gewerkschaftsbundes wählte. Am Kongress nahmen teil: 10 englische, 12 französische, 10 belgische, 6 holländische, 5 italienische, 5 norwegische, 4 schwedische, 4 dänische, 4 tschecho-slowatische, 2 luxemburgische, 2 spanische, 1 schweizerische und 1 kanadische Delegierter. Zoubaud wird über die Währungsfrage, Mertens über die Verteilung der Rohstoffe, Dubogeeff über die Sozialisierung und Jimmen über die internationale Lage und die Stellung des Internationalen Gewerkschaftsbundes sprechen.

Metallarbeiterstreik in Schlefien

Der im Lohnstreit der schlesischen Metallarbeiter gefällte Schiedsspruch ist von den Arbeitnehmern mit allen gegen 6 Stimmen mit der Begründung abgelehnt worden, daß die Zugeständnisse ungenügend seien. Es ist mit einem, die ganze Provinz Niederschlesien, mit Ausnahme der Stadt Breslau, umfassenden Streik zu rechnen. Im Riesengebirge haben die Arbeiter sämtlicher größeren Werke gestern früh die Arbeit niedergelegt. Es handelt sich um Lohnforderungen.

Görlitz, 23. November.

Heute früh legten die Metallarbeiter, nachdem gestern wegen Lohnforderungen der Streikbeschluss mit einer Mehrheit von 82 Prozent der an der Abstimmung beteiligten Arbeiter gefasst worden war, in allen Betrieben, soweit sie dem Verband der Metallindustriellen Niederschlesiens angehören, die Arbeit nieder.

Grundsätzliches zur Sozialisierungsfrage

Von Prof. E. Lederer, Heidelberg

[Nachdruck verboten.]

Die wieder ins Uferlose anschwellende Diskussion über die Sozialisierung zwingt zur Befinnung auf die letzten Ziele und die entscheidenden Argumente.

Warum müssen wir sozialisieren?
Weil der Krieg die ökonomischen Bewegungsgesetze des Kapitalismus gelodert hat, das soziale Gefüge der europäischen Gesellschaft umstülpte, die fragile Autorität des Staates zerstörte, und den automatischen Gang der Reproduktion unterbrach. Eine wirtschaftliche Neuordnung ist notwendig, die ökonomischen Gesetze der Welt vor dem Kriege aber gelten nicht mehr als verbindlich. Der Krieg, von ökonomischen Dilettanten entfesselt, und bis zum Weißbluten überspannt, stürzte Europa in die Katastrophe und zwingt uns eine neue Ordnung auf. Eine neue Ordnung für Völker, die vier bis fünfmal so zahlreich sind, als zur Zeit des erwachenden Kapitalismus, wobei noch gar nicht in Rechnung gestellt, daß die große Masse heute mit wachem Bewußtsein in die Gestaltung der Schicksale eingreift. Können wir die Welt anders neu ordnen, als indem wir entschlossen die Demokratisierung der Wirtschaft durchführen, d. h. an die aufstrebenden Kräfte in den Massen appellieren? Und ist das möglich ohne Sozialisierung?

Ob die neue Epoche, in die wir jetzt eintreten, Chaos, Bürgerkrieg, hoffnungsloses Elend, soziale Anarchie — leicht hin eine Vernichtung der letzten Reste materieller Kultur und — täuschen wir uns darüber nicht — damit auch die Vernichtung aller Möglichkeiten des Aufstieges bringen wird — oder ob sie ein zwar langsamer, apferrasser, mühsamer, vielleicht mitunter gestörter, aber immerhin ein Aufstieg sein und auf die Bahn der Genesung führen wird, das hängt davon ab, welche moralischen Kräfte wir in den Menschen zu entfesseln vermögen. Die kapitalistische Wirtschaft vermag heute nicht mehr für sich zu werden, weil im Paroxysmus der Kriegs- und Revolutionskonjunktur die rücksichtslosesten, sozial zweifelhaften Typen zur Herrschaft über die Gesellschaft bzw. deren Reichtümer gelangt sind. Zu innig war weiterhin die Verquickung der kapitalistischen Maschinerie mit der Tendenz zur Kriegsverlängerung geworden, als daß noch moralische Kräfte für dieses System als Streiter hätten gewonnen werden können. Weil wir aber die moralischen Kräfte für den Wiederaufbau nicht entfesseln können, weil wir nur durch große, heroische Anstrengungen die Menschen über die furchtbaren Jahre hinwegzubringen vermögen, die uns als Erbteil der Kriegszeit noch erwarten, darum müssen wir sozialisieren. Wir mühten — auch wenn wir es nicht wollten.

Freilich, die Situation, in welcher wir zur Sozialisierung schreiten, ist anders, als sie Marx vorgestellt hatte. Aber doch nur in der äußeren Form anders. Anstatt Ueberfluß und Krise der Ueberproduktion: Elend, Mangel, Pauperisierung ganzer Völker. Anstatt wohlorganisirter Produktionsstätten deroutierte technische Körper. Aber auch Marx nahm an: Der Sozialismus wird realisiert als unausweichlicher Ausweg aus einem elementaren, anders nicht mehr zu bewältigenden Notstandes. Dieser Sozialismus von heute zeigt uns freilich die Züge des Krieges und des allgemeinen Niedergangs. Aber vielleicht entfesselt nur eine solche Zeit die Energien, die zur Begründung einer neuen Epoche notwendig sind. Und vielleicht kann nur in einer Katastrophe sich die psychische Energie gleichsam eruptiv entladen und alle ererbten Vorstellungsweisen derart zerstören, daß die Schaffung einer neuen Gesellschaftsform sich aus der Utopie zur realen Möglichkeit erhebt.

Was wollen wir sozialisieren? In voller Uebereinstimmung haben sich alle Pläne zur Sozialisierung bisher auf die Reproduktion gerichtet. Bergbau auf Kohle und Erz, großer Grundbesitz, Forstwirtschaft, Großherrschaft, sind die bevorzugten Objekte für die Sozialisierungspläne in allen Ländern. Man begründet das meistens damit, daß der Betrieb in diesen Wirtschaftszweigen in herkömmlicher, gleichförmiger Weise erfolge, daß auch in der Privatindustrie bürokratische Methoden einreißten, daß die Entfaltung der Technik in diesen Industrien nicht in hohem Maße zu erwarten oder auch außerhalb des privaten Betriebs möglich sei. All diese Argumente zielen darauf ab, daß die Sozialisierung mit bürokratischem Staatsbetrieb gleichbedeutend sei und daher dort möglich, wo auch die Privatindustrie dem Bürokratisierungsprozeß unterliege. Diese Argumente halte ich für falsch. Denn weder ist die Privatindustrie in dem Sinne bürokratisch, wie eine Behörde, noch vollzieht sich der technische Fortschritt automatisch. In der Tat sind nicht diese Umstände für das richtige Tempo und die Auswahl der zu sozialisierenden Wirtschaftszweige maßgebend. Entscheidend ist vielmehr, daß sich die Sozialisierung mitten in einer kapitalistischen Welt, in einer Volkswirtschaft, die noch überwiegend kapitalistisch, und in einer Weltwirtschaft vollziehen muß, welche

ausgeschlossen von dem Gesetz des Profits regiert wird. Eine solche Welt kann und wird die Sozialisierung zu hemmen versuchen; sie wird es vielleicht in offener, die Massen verletzender Weise nicht tun wollen, aber indirekt die sozialisierten Wirtschaftszweige durch Verdächtigung des Betriebs, als einer unzweckmäßigen von vornherein diskreditieren. Dadurch wird das Mißtrauen geweckt, und insbesondere der Kapitalmarkt verstimmt werden. Daher ist es zweckmäßig, solche Wirtschaftszweige auszuwählen, welche in ihrer Arbeit, Kapitalakkumulation und Entwicklung kein taugliches Angriffsobjekt für die kapitalistische Gegenorganisation sind. Das sind aber — besonders in der Epoche des Rohstoffmangels — die Zweige der Urproduktion. Teils bedürfen sie keines Kredits — weder zur Betriebsführung, noch zur Akkumulation — teils können sie ihn auch als sozialisierte Industrien, weil gegenwärtig von der Konjunktur weitgehend unabhängig, erhalten. Ein sozialisierter Kohlenbergbau, eine sozialisierte Forstwirtschaft ist also — und das ist das entscheidende — kein taugliches Objekt für die Angriffe der kapitalistischen Organisation. — Ist die Sozialisierung einmal begonnen, dann können auch Wirtschaftszweige mit differenzierterer ökonomischer Kultur ergriffen werden.

Wo bleiben deine Steuern?

Ein Geschenk von 200 Millionen an — Reuterer

Als Lüttwih am 13. März 1920 aus Ruher kam, verfügte er sofort, daß den Soldaten mit Rückwirkung vom 1. März sieben Mark Zulage pro Tag zu gewähren sei. Vorherträte und Offiziere erhielten außerdem eine Extrazulage. Mit diesem Geschenk wollte Lüttwih die Reuterertruppen fester an sich fetten und schwankende Formationen zu sich herüberziehen. Er wußte ebensogut, wie sein Nachfolger, der Herr von Seekt, daß die Soldner „gestreichelt“ werden müssen, wenn sie für irgend einen Zweck gewonnen werden sollen.

Da wir in jenen Tagen noch ein Heer von über 200 000 Mann hatten und da die Zulage auch an die außerhalb der Reichswehr stehenden Zeitfreiwilligen und an die sonstigen wilden Verbände gezahlt wurde, belief sich die Höhe der Extrazulagen, die der spendable Herr Lüttwih den Soldaten gewährte, täglich auf mindestens 1 700 000 Mark. Er und seine Kumpane wollten die Regierung der „Ordnung und der Sparsamkeit“ aufrichten. Praktisch begann die Sparsamkeit mit einer unerhörten Verschleuderung von Staatsgeldern.

Was tat aber nun Herr Seekt, als er zum Nachfolger des Hochverrats Lüttwih ernannt wurde? Er gab dem Befehl des Reuterers Lüttwih Rechtsgültigkeit und verfügte bis auf weiteres die Auszahlung der Sonderzulage, ohne die Regierung oder das Parlament darüber zu befragen. Aus dem Etat des Reichswehrministeriums erfahrene wir jetzt, daß die Zulage bis Ende Juni, also volle vier Monate, bezahlt wurde. 1 700 000 Mark pro Tag, das macht netto 50 Millionen in einem Monat und etwa 200 Millionen Mark in vier Monaten. Die Summe kann sehr leicht noch um einige Millionen höher sein. Der Etat des Reichswehrministeriums läßt uns darüber absichtlich im unklaren.

Salonisch wird nur bemerkt: „Es entspricht der Billigkeit, von der Einziehung der Mehrbeträge abzusehen.“

Das Reichswehrministerium und Herr Seekt halten es also für billig, daß in der Republik meuternde Truppen nicht bestraft, sondern mit einem Gnadengeschenk bedacht werden, damit sie beim nächsten Rechtsputsch wieder tapfer zur Stange halten. Die Ehrhardt, die Löwenfelder, die Auloder, die Koffbacher, das ganze Reuterer Volk um Lüttwih und Kapp, hat es sich bei dieser Zulage wochenlang wohl sein lassen, führte in den Lagern ein herrliches Leben und fragte nicht danach, wer die Kosten zahlt. Auch die Generalität hat sich darüber noch nicht den Kopf zerbrochen. Sie lebt immer noch in der Einbildung des Kriegszustandes. Wie die wehrlosen belgischen und französischen Bürgermeister während des Krieges sich das Rechte abpressen lassen mußten, um den gefährlichen Nachen des preussischen Militarismus zu füllen, so soll jetzt der deutsche Steuerzahler ohne Rücksicht auf die Notlage zahlen und wieder zahlen. Es wird einfach angefordert, wie im Kriege, ohne zu fragen, wer für die Deckung sorgt.

Im Reichstag muß Herr Seekt und dem Wehrminister Dr. Gessler endlich klar gemacht werden, daß wir seit zwei Jahren keinen Krieg mehr führen, und daß die deutschen Steuerzahler keine belgischen und französischen Bürgermeister sind. Diese Zeit ist vorbei, sie soll nie wiederkehren! Statt den Reuterern ein Gnadengeschenk von mindestens 200 Millionen Mark zu gewähren, ist es besser, das Geld für den Wohnungsbau, für den Hunger der Arbeitslosen und für die sterbenden und flehenden Kinder des Proletariats auszugeben, die durch die Schuld des preussischen Militarismus und der Monarchie ins Verderben gestoßen worden sind. Was an die Soldaten ausgegeben worden ist, wird sich schlecht wieder einzuziehen lassen. Aber es entspricht durchaus der Billigkeit, Herrn Seekt und seinem Untergebenen, dem Herrn Gessler, für diese unerhörte Verschleuderung von Staatsgeldern verantwortlich zu machen.

Die Kapitalverschieber

Steuerdrückbergerei — ein Privileg der Besthenden

Schon vor dem Kriege war es Ehrenpflicht der Besthenden Klasse, sich vor dem Steuerzahler zu drücken. Die Kapitalisten hatten durch die Steuergesetze tausend Hintertürchen offen und konnten vor allem durch die Selbsteinschätzung immer so viel Einkommen angeben, wie sie gerade versteuern wollten. Allein die Agrarier haben nach einer Berechnung des Professors Delbrück vor dem Kriege mindestens 300 Millionen Mark zu wenig versteuert. Die Arbeiter hingegen waren verpflichtet, den letzten Groschen herzugeben. Ihr Einkommen konnte auf Heller und Pfennig erfährt werden, da die Unternehmer verpflichtet waren, den Steuerbehörden jährlich die Lohnlisten vorzulegen.

Nach dem Kriege hat sich dieser Zustand noch verschlimmert. Die Besthenden Kreise, die während des Krieges nicht genug über Opferfinn und vaterländisches Interesse reden konnten, dachten nach dem Zusammenbruch nie ernsthaft daran, nun auch die Kosten des Krieges zu übernehmen. Der Krieg war für sie eine Goldquelle gewesen, nun ging ihr ganzes Bestreben dahin, das Ertrags in Sicherheit zu bringen und die anderen zahlen zu lassen. Der Gesamtbetrag des ins Ausland verschobenen Vermögens geht in die Milliarden. Was nicht über die Grenze zu schaffen ging, wurde im Inland in schlecht zu greifenden Werten angelegt. Kost-

bare Wohnungseinrichtungen wurden neu angeschafft, echte Teppiche, Silber, Schmuckgegenstände von hohem Werte erworben, und das alles, um den Steuerzahler zu betrügen. Den Arbeitern aber wurde der zehnprozentige Lohnabzug aufgebremst. Sie werden rücksichtslos geschöpft, versinken immer mehr ins Elend, während der Luxus der Wohlhabenden an bahnbahnische Zustände grenzt. Sie kennen keinen Steuerzwang, der ihre Ausgaben einschränken könnte. Die Zusammenstellung der Reicheinnahmen bestätigt vollständig diese Behauptung.

So sind an Bestkäuera im August ganze 438 143 Mark eingegangen. Im Monat Juli ergab diese Steuer noch 1,1 Million Mark. Für die Monate April—August 1920 gingen insgesamt nur 4 333 400 M. gegen 20 218 635 M. in der gleichen Zeitspanne des Vorjahres ein. Die Mindereinnahme beträgt also gegenüber dem Vorjahre annähernd 20 Millionen Mark. Das sind in Prozenten umgerechnet 87 Prozent weniger! Dabei bleibt aber zu berücksichtigen, daß gerade die Besitzsteuer gegenüber dem Vorjahre ein vielfaches Mehr ergeben müßte infolge der gewaltigen Papiergeldüberflutung. Schon ein flüchtiger Blick auf den Kapitalmarkt und die täglichen Kapitalerhöhungen zeigt dies. Um so gewaltiger sind dagegen die Einnahmen der Einkommensteuer geblieben. Diese Ziffer läuft geradezu ins Schwindelhafte. Allein im Monat August 1920 betrug sie mehr als 555 Millionen Mark. Für die Monate April bis August ergab sie gegenüber der gleichen Zeitspanne des Vorjahres ein Mehr von 998 902 739 Mark, also von fast einer Milliarde Mark!

Es ist klar, daß dieser Betrag sich hauptsächlich aus den Abzügen vom Arbeitslohn zusammensetzt, von Löhnen, die allezeit kaum an das Existenzminimum heranreichen. Das Reich erpreßt also ganz offenbar seine hauptsächlichsten Einnahmen von den Arbeitenden, denn was will neben dieser ungeheuren Monateinnahme von mehr als einer halben Milliarde Mark die Tatsache belegen, daß im gleichen Zeitraum von dem Besitz neben den 438 000 Mark Besitzsteuer 16 Millionen Mark Kapitalertragssteuer und 61 Millionen Mark Reichsnotopfer erhoben worden sind? Gerade das lächerliche Verhältnis dieser Steuererträge zeigt, wie wenig im Grunde genommen der Besitz herangezogen wird und welcher Schwindel sich in Wirklichkeit hinter der Maske einer großspurigen als „Reichsnotopfer“ bezeichneten Steuer verbirgt. Das „Reichsnotopfer“ ist also bestenfalls nur eine mäßige Besitzsteuer, während die Einkommensteuer eine Schröpfung der Volksnot darstellt. — Von den sonstigen Ziffern bleiben weiter hervorzuheben: die Kohlensteuer, die im August eine Einnahme von rund 884 Millionen Mark ergab, die Tabaksteuer mit rund 120 Millionen Mark und die Zuckersteuer mit 12 1/2 Millionen Mark Einnahme. Auch durch diese Steuern, die indirekt erhoben werden, wird das Proletariat, wie durch jede indirekte Steuer, stärker belastet als die Wohlhabenden. Die erwerbstätigen Schichten sind heute die alleinigen Stützen der staatlichen Finanzen. Ohne sie wäre der Zusammenbruch schon längst erfolgt.

Wenn nun auch die Hohenzollern noch unter die Steuerhinterzieher und Kapitalverschieber gegangen sind, so erfüllen sie damit nur eine bürgerliche Ehrenpflicht. Bis zum 9. November 1918 hatten es diese Herrschaften ja leicht. Da zahlten sie überhaupt keine Steuern! Jetzt sollen ihre Schiedungen mit dem Mantel der Pietät verhängt werden. Das Proletariat muß dafür sorgen, daß den Steuerhinterziehern und Kapitalverschiebern nichts geschenkt wird, ganz gleich, ob sie königlicher, adliger oder bürgerlicher Herkunft sind.

Die entlarvte Orgesch

Nur verfassungsfreundliche Mitglieder!

In Mecklenburg sind in den letzten Tagen wiederholt größere Massenbestände der Orgesch beschlagnahmt worden. Um über diese Organisation Klarheit zu schaffen, sah sich die Regierung gezwungen, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß einzusetzen, der die Hauptbestandteile der Orgesch zu untersuchen hatte. Postis konnte dabei natürlich nicht viel herauskommen. Die Orgeschmänner halten dicht und fühlen sich nicht verpflichtet, der Regierung die Wahrheit auf die Nase zu binden. Immerhin erfuhren wir mancherlei Bemerkenswertes. So lagte der Leiter der mecklenburgischen Landesorganisation, Konteradmiral v. Jachmann aus, daß die Orgesch in Mecklenburg allein 40 bis 50 000 Mann stark sei. In den letzten Wochen sei sie aber noch bedeutend gewachsen, da der Zutrom ganz ungeheurer sei.

Herr Jachmann erzählte dann noch das Märchen, die Orgesch verfüge über keine Waffen, sie habe auch keine Verbindung mit der Reichswehr, Behauptungen, die den Tatsachen streng zuniderlaufen. Verschweigen konnte er nicht, daß die Orgesch riesige Geldmittel von privater Seite erhält. Im Monat Juni erhielt Mecklenburg allein 1 Million. Als Mitglieder werden nur kriegsbrauchbare Männer bis zu 35 Jahren aufgenommen. Wichtig war dann folgendes Frage- und Antwortspiel:

Wie denken Sie sich die Sicherung der Verfassung, die doch eine republikanische ist, wenn die Mehrheit der Mitglieder, wie Escherich unvorhohlen aus sprach, auf monarchischem Boden steht?

v. J.: Ich möchte in dieser Frage anknüpfen an die Worte Escherichs, daß auch in Bayern, wo entschieden die monarchische Idee weiteren Boden gewinnt, unter keinen Umständen einen dahin gerichteten Putsch dulden würde, daß die Stimmung aus dem Volke kommen muß.

Warum gibt die Orgesch erst jetzt zu, nachdem sie es in der Vergangenheit allen Ernstes bestritt, daß sie Waffengewalt anzuwenden gedenke, daß sie nunmehr doch auf deren Anwendung nicht werde verzichten können?

v. J.: Das ist mir unbekannt. Wir haben nur erklärt, daß wir uns der Regierung zur Verfügung stellen, und warten ab, was sie mit uns macht.

Wie denken Sie sich den Schluß von Arbeit und Eigentum?

v. J.: Durch die Erhaltung der Organisation sollen Ruhe und Ordnung aufrechterhalten und jede Lust, sie zu stören, im Keime erstickt werden. Je stärker die Organisation wird, desto mehr Bürgerhaft ist dafür gegeben und desto größer wird die Freude des Volkes an der Arbeit werden.

Sind Juden in der Orgesch?

v. J.: Ich weiß nur von einem einzigen Fall. Ich möchte aber erklären, wir treiben keine Parteipolitik. Juden, die auf nationalem Boden stehen und einwandfreie Persönlichkeiten sind, sind uns genau so willkommen, wie jeder andere.

Wer von den politischen Parteien steht nach Ihrer Ansicht auf nationalem Boden?

v. J.: Die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und einzelne Persönlichkeiten der anderen Parteien.

Herr v. Jachmann hat die Anweisungen der Zentrale, vorläufig als verfassungstreue Organisationen aufzutreten, genau eingehalten. Dadurch aber, daß er unvorhüllt zugab, nur Anhänger der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei könnten als national zuverlässige Männer gelten und in die Orgesch aufgenommen werden, stellte er den monarchistischen Charakter dieser Organisationen fest. Denn die beiden Rechtsparteien sind Gegner der Republik, wollen die Wiedereinführung der Monarchie erzwingen. Die Orgesch ist also nichts weiter als die illegale Kampforganisation der Rechtsparteien. Aus wackelnden Monarchisten zusammengesetzt, kann sie nicht für den Be-

stand der Republik, sondern im Ernstfalle nur gegen die Republik, für die Monarchie kämpfen.

Die Tatsachen werden diese Behauptung vielleicht schon in den allerersten Monaten rechtfertigen.

Aus Bayern wird uns geschrieben: Vor kurzem ereignete sich im bayerischen Landtag ein bezeichnender Vorfall: Der Kommunistenführer und Landtagsabgeordnete Otto Graf (früherer Revolveroffizier) erklärte bei der Beratung im Landtag, daß die Kommunisten gegen die Entlassung der Einwohnerwehr durch die Enten seien. Es ist bezeichnend, daß daraufhin ein deutschnationaler Abgeordneter Herr Graf nach seiner Rede heftig missbilligend die Hand rührte und eine längere Unterhaltung mit dem „Revolutionsführer“ pflog. Für die Arbeiterklasse, auch außerhalb Bayerns, ist der Vorfall von Bedeutung, weil er zeigt, wie die Verwirrung der R. V. D. durch eine rabulische Propaganda sich zum Brechen am revolutionären Proletariat reizert.

Christlicher Gewerkschaftskongress

Die bayerische Reichstreue

Essen, 23. November.

Auf dem Kongress der christlichen Gewerkschaften wurde eine Entschließung angenommen, die die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts fordert. Einem Antrag Behm, der die Umgestaltung des Heimarbeitergesetzes und die reichsgesetzliche Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden im Rahmen der Reichsversicherungsordnung forderte, wurde einstimmig zugestimmt. Eine die Sicherung des Existenzminimums für die Staatsbeamten fordernde Entschließung, für die sich Minister Stegerwald aussprach, wurde einstimmig angenommen. Auf Grund eines Referats des Verbandsvorsitzenden Otto Dillfeld über die Heranbildung des Nachwuchses in den Betrieben und Gewerkschaften wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, die die Förderung der gewerblichen und sachlichen Ausbildung des Lehrlingsnachwuchses und seine Eingliederung in das christliche Gewerkschaftsleben fordert. Angenommen wurden ferner Entschließungen über die Schaffung ausreichender Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten für die weibliche Jugend, die Notwendigkeit einer baldigen Einbringung eines Hausangestelltengesetzes, die Förderung der staatsbürgerlichen und Hochausbildung der Landjugend, und ein mit der Bewertung der Handarbeit und der landwirtschaftlichen Rahmen zu befolgenden Lohnpolitik sich befaßender Antrag Imbuhl.

In einer am Schluß der Vormittags Sitzung abgegebenen Erklärung wies der Vorsitzende des bayerischen Landtags Königsbaur, die Gerichte über angebliche Bootstungsbestrebungen in bayerischen Botsen auf schärfste zurück. Weder der bayerische Volk, noch der bayerische Landtag, noch die Regierung hätten daran, die Einheit des Reiches anzutasten; Bayern hätte nicht nur für seine Pflicht, sondern für sein eigenes Interesse, auch in der Zeit der Not die Einheit des Reiches unbedingt zu verteidigen. Verlangt werden müsse allerdings, daß das nationale Eigenleben der einzelnen Länder nicht unterbunden werde.

Auch dieses Zeugnis für die Reichstreue der bayerischen Reaktion wird das Mißtrauen gegen sie nicht zerstreuen können.

Die Berner internationale Konferenz

Der „Populaire“ vom 20. d. M. schreibt: „Der Zwischenfall, der durch den Protest einiger Vorstandsmitglieder der Schweizer Partei gegen die zu der Berner Konferenz gewählten englischen und französischen Delegierten, die zur Zweiten Internationalen gehören“, hervorrief — und der von der „Humanität“ stark abgetrieben wurde — ist bekannt und in Frankreich ist man im Begriff, einen Weg der Verständigung zu finden.“

In bezug auf England, sind die Schweizer Genossen von solchen Voraussetzungen ausgegangen, wie nachstehender Brief des westl. den der Sekretär der I. L. P. (Unabhängigen Arbeiterpartei) Genosse Johnson an den Vorsitzenden der Schweizer Sozialistischen Partei, Genossen Reinhardt, gerichtet hat und dessen Abschrift er uns einsandte:

London, 17. November.

Verteuerter Genosse! Ich las gestern in der „Humanität“ eine dem „Volkrecht“ in Lausanne entnommene Erklärung, die von den Genossen Grimm, Ng und Vogel unterzeichnet ist und die Sie wie Sie mir erklärten, glauben veröffentlicht zu müssen.

Ich beileide mich, Ihnen mitzuteilen, was ich gestern schon an Genossen Graber schrieb, daß unser Komitee über die Zahl und Personen der zu Delegierenden noch nicht entschieden hat. Aber Genosse J. Roman Mac Donald ist nicht Mitglied der Nationalrates der I. L. P. und kann infolgedessen zu der Besprechung nach Bern nicht entsandt werden.

Darf ich hinzufügen, daß ich persönlich der Meinung bin, daß jede Partei, deren Zentralkomitee beschlossen hat, zu dieser Konferenz Vertreter zu entsenden, das uneingeschränkte Recht haben muß, diese selber zu bestimmen.

Mit brüderlichem Gruß

Ihr

Francis Johnson

Man war also allzu schnell bereit, sich des Zusammenbruchs einer Konferenz zu freuen, die ganz im Gegensatz hierzu ein bedeutendes Ereignis im Leben des internationalen Sozialismus darstellt.“

Die deutschen Kolonien

Nach dem Artikel 22 der Satzung des Völkerbundes, der das künftige Schicksal der ehemaligen deutschen Schutzgebiete bestimmt, wird erklärt, daß das Wohlergehen und die Entwicklung der in den Kolonien wohnenden Völker fortgeschrittenen Nationen anzuvertrauen sei, welche die Vormundfunktion als Mandatäre des Bundes in seinem Namen zu erfüllen hätten. Die endgültige Entscheidung für die Festlegung der Mandatsbedingungen und die Vergebung der Mandate liegt in den Händen der Völkerbundsversammlung.

Nach einer Verlautbarung im Amtblatt des Völkerbundes vom September 1920 gibt der Völkerbundsrat dieser Bestimmung eine völlig abweichende Auslegung, wie in einem Memorandum der deutschen Regierung, das soeben zur Veröffentlichung gelangt, behauptet wird. Dieses Memorandum gibt eine genaue Darstellung des Sachverhalts und des Widerspruchs zwischen den ursprünglichen Bestimmungen und der neueren Auslegung und stellt dann folgende Behauptung auf:

„Im ganzen betrachtet, läuft die vom Völkerbundsrat in Aussicht genommene Regelung auf eine nahezu völlige Ausschaltung der Bundesversammlung, auf eine rein formale Wirkung des Rates und somit auf eine Entkräftung der Völkerbundskontrolle hinaus. Damit würde das Mandatsystem zum bloßen Schein. In Wirklichkeit würde eine Annexion der ehemaligen deutschen Schutzgebiete eine Verletzung der von den Hauptmächten vorgenommenen Verteilung vorliegen.“

Das Memorandum geht der Presse in späterer Nacht zu, zu, weshalb ein näheres Eingehen auf die Angelegenheit gestellt werden muß.

In die sozialistischen Parteien und Gewerkschaften aller Länder

Uns geht folgender Aufruf zu:

„General Wrangel ist von der Roten Armee geschlagen. Koch ein von der Entente ausgehaltener und von ihr zum Regenten Russlands ernannter Präsident beschließt seine kurze Laufbahn mit einer schmachvollen Flucht.“

Der Sieg über Wrangel ist nicht bloß ein Sieg der bolschewistischen Regierung. Es ist ein Sieg der ganzen russischen Revolution, des gesamten russischen Volkes, das zu den schwersten Opfern bereit ist, um die offene oder versteckte Wiederaufrichtung jener sozialen und politischen Ordnung zu verhindern, die nach jahrzehntelangen heldenhaften Kämpfen im März und November 1917 zerstört worden ist.

Die russische Bauernschaft, die sich hartnäckig gegen die Einführung des Kommunismus im Dorfe sträubt, hat trotzdem der bolschewistischen Regierung jene Armeen geliefert, mit deren Hilfe sie Wrangel niederschlagen konnte. Denn hinter deren Rücken Wrangels sah die Bauernschaft deutlich die Wiederherstellung der alten Gewalt des adligen Grundbesitzes.

Das russische sozialistische Proletariat, das der Diktatur der bolschewistischen Partei und ihrer Politik feindselig gegenübersteht, hat sie trotzdem im Kampfe gegen Wrangel aktiv unterstützt und die Intensität seines Kampfes gegen die bolschewistische Diktatur bewußt gemildert, um die Befreiung des russischen Gebiets von den Söldlingen der internationalen Plutokratie und den Lakaien der zarischen Reaktion zu beschleunigen.

Der Sieg über Wrangel ist ein Sieg der russischen Revolution. Das proletarische und demokratische Europa darf sich in dieser Beziehung von den zahlreichen russischen Emigranten nicht betrügen lassen, die in allen europäischen Hauptstädten unter der Maske patriotischer Patrioten, ehemaliger Demokraten und selbst „Sozialisten“ gemeinsam am Werk des russischen Koblenz: des Verkaufes ihrer Heimat und ihres Volkes an die Haifische des Imperialismus arbeiten.

Der proletarische und demokratische Westen darf sich von den Drahtziehern der Interventionspolitik nicht täuschen lassen, die auch nach der neuen Niederlage neue Wege zur Fortsetzung des alten Spieles ausfindig machen werden. Der Augenblick ist gekommen, wo es für die Völker Europas und Amerikas eine Ehrensache ist, den weiteren Kreuzzügen der Imperialisten und Reaktionen aller Länder gegen das um seine Freiheit ringende russische Volk unmöglich zu machen.

Die wirtschaftliche Blockade Russlands und die künstliche Förderung des russischen Bürgerkrieges führen nicht nur zur provokanten Vernichtung des russischen Volkes und zum Ruin des Landes, sie dienen nicht nur als Haupthebel zum Ruin des politischen und wirtschaftlichen Fortschritts Russlands, sie wandeln sich auch in eines der Hauptthemen der wirtschaftlichen Gesundung Europas, das die Folgen des Weltkrieges nicht zu überwinden vermag, solange die werktätige Arbeit der 150-Millionen-Bevölkerung Russlands aus der Weltwirtschaft ausgeschaltet ist.

Der Augenblick ist gekommen, wo das Proletariat der ganzen Welt und alle wirklich demokratischen Elemente eine grundlegende Aenderung der Politik gegenüber Russland fordern und durchsetzen müssen.

Um alle weiteren interkontinentalen Abenteuer unmöglich zu machen und ein gewisses Gleichgewicht herzustellen, das für die Anknüpfung wirtschaftlicher Verbindungen erforderlich ist, muß der völlige Bruch der Regierungen mit allen Parteien russischer Regierungen, mit der Anerkennung der Sowjet-Regierung und die sofortige Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Russland durchgeführt werden.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands („Men-schewiki“) wendet sich an alle sozialistischen Parteien und Gewerkschaften mit der Aufforderung, mit verzehnfachter Energie die Agitation für die sofortige Anerkennung der Sowjet-Russlands und die Erneuerung der Handelsbeziehungen mit den Ententestaaten, wie mit allen jenen Staaten wieder aufzunehmen, die entweder aus Furcht vor der Entente oder aus eigenen konterrevolutionären Erwägungen diese Beziehungen bisher abgelehnt haben.

Durch die Vernichtung Wrangels hat die russische Revolution dem internationalen Imperialismus, diesem Hauptfeind des internationalen Proletariats, einen neuen empfindlichen Schlag verfehlt. Dadurch hat sie dem Proletariat der anderen Länder den Kampf gegen die imperialistische Reaktion im eigenen Lande erleichtert.

Möge denn auch das Proletariat Europas und Amerikas diese Lage ausnutzen, um der russischen Revolution und dem russischen Volke jene Hilfe zu bringen, die sie in diesem Augenblick am nötigsten brauchen: möge es ihnen helfen, die russische Revolution von dem Gespenst der Intervention, der fremden Einmischung zu befreien, das die gesamte Entwicklung der Revolution verzerrt. Alles was in der jetzigen — bolschewistischen — Entwicklungsstufe der russischen Revolution unnormal, krankhaft und vom sozialistischen Standpunkte gefährlich ist, kann nur dann überwunden werden, wenn die Aufhebung der Blockade und die Einstellung der künstlichen Schürung des Bürgerkrieges von außen her, für die fortgeschrittenen Elemente der Arbeiterklasse und der Bauernschaft Russlands die Voraussetzungen schaffen, einen erfolgreichen Kampf gegen die anarchischen, utopischen und bonapartistischen Tendenzen in der Revolution selbst zu führen.

Im Interesse der russischen Revolution, im Interesse des internationalen revolutionären Kampfes des Proletariats gegen die kapitalistische Tyrannei rufen wir alle politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse zum Kampfe für die Anerkennung der russischen Sowjet-Regierung auf.

Im Namen der Menschlichkeit gegenüber dem vom Hunger und Bürgerkrieg gemarterten Volke, im Namen seines obersten Rechtes, die Formen seines politischen Daseins selber bestimmen, appellieren wir an alle ehrlichen Demokraten, den Kampf der internationalen Arbeiterklasse zu unterstützen.

Gegen jede offene oder versteckte Intervention, gegen jede Unterstützung der reaktionären Präsidenten, gegen die Blockade Russlands,

für die sofortige Anerkennung der Sowjet-Regierung und die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Beziehungen mit Russland!

Berlin, 17. November 1920.

Im Auftrage des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands und des Sozialdemokratischen Bundes:

Die Auslandsdelegation:
L. Martow, A. Abramowitsch.

Eine kurze Sitzung

Trotz einer sehr umfangreichen Tagesordnung fand die gestrige Sitzung des Reichstages nach nur dreiviertelstündiger Dauer ein überraschend schnelles Ende.

Zunächst wurden keine Anfragen beantwortet. Unter anderem eine Anfrage des Genossen Kunert, der fr. a. l. was die Regierung zur Abwehr der durch die Erhöhung der Gerstendellegerung der Branntweinen auf 30 Prozent des Friedensverbrauches der Volksernährung erwachsenden Gefahren zu tun gedenkt. Die Regierung antwortete, die Dinaufhebung des Malzsteuergesetzes sei notwendig gewesen, um die zahlreichen Arbeiter des Braugewerbes weiter beschäftigen zu können. Auf eine Ergänzungsanfrage wird eine Antwort nicht erteilt.

Die übrige Tagesordnung wird ohne jede Debatte erledigt. Die von sämtlichen Frauen des Reichstages gestellte Inter-

Partei- u. Gewerkschaftsfunktionäre!

Die Mitglieder des Zentral-Komitees der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands, die Genossen Martow u. Abramowitsch aus Moskau, sprechen an

Mittwoch, den 24. November, abends 6.30 Uhr, in der Bod-Brauerei, Fiedrichstraße 48er

Gegenwart u. Zukunft Russlands

Mitgliedsbücher sowie Funktionär-Kadeweise der Partei und Gewerkschaften legitimieren.

Die Funktionäre der Metallindustrie treffen sich eine Stunde früher.

pellation über Vorlegung eines Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes wird Anfang Dezember beantwortet. Die deutsch-nationale Interpellation über die russischen Kriegesgefangenen bzw. Internierungslager in Deutschland wird, wie Bismarcksler Heine erklärt, in der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden.

Anträge auf Straferfolgung gegen die Abgeordneten Henemann (Ztr.), Wulle (Din.), Lübbring (Soz.) und Kemkes (D. Sp.) werden nach dem Vorschlag des Geschäftsordnungsausschusses abgelehnt.

Die Vorlage zur Aenderung des Besoldungsgesetzes, die Ausführungsbestimmungen dazu und der Gesetzentwurf zur Sicherung einer einheitlichen Regelung der Beamtenbesoldung werden ohne Aussprache dem Haushaltsausschuß überwieben. Der Gesetzentwurf über die Straferfolgung bei Sachschaden usw. wird dem Rechtsausschuß überwiesen.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht die Haushaltsberatung (Erfüllung des Friedensvertrages).

Der Ministerrat des Reichstages hielt Dienstag eine Besprechung über die Geschäftsfrage ad. Es bleibt im allgemeinen bei den bisherigen Beschlüssen. Freitag wird die Interpellation betr. den Elektrizitätsarbeiterstreik behandelt werden.

Justizdebatte im Preußen-Parlament

In der Preussischen Landesversammlung wurde am Dienstag die Beratung des Justiz-Gesetzes fortgesetzt. Der Justizminister a. m. J. Hoff bemühte sich eifrig, die gegen die Justiz erhobenen Vorwürfe zurückzuweisen. Der Vorwurf der Parteilichkeit sei völlig unbegründet. Im Ministerstande seien Anhänger aller Parteien vertreten. Von einer reaktionären Verlesung könne gar keine Rede sein. In diesen Feststellungen ähnelte er allen seinen Vorgängern, obwohl trotz ihrer Ablehnung der Charakter der Justiz als Klassenjustiz immer deutlicher geworden ist. Einige allzu trasse Fälle, wie die milde Verurteilung Karlsch, die Einstellung des Verfahrens gegen Kessel und den Fall der Wamburger Studenten sowie einige andere Fälle suchte er denn auch nur als Ausfluß der Richterjustiz bzw. als Maßnahmen hinzustellen, die später geübert worden seien.

Der Redner der Deutschnationalen Seemann fand natürlich an der Justiz überhaupt nichts auszusetzen. Er meinte gegenüber der Kritik der Sozialdemokraten, er hätte den Eindruck gewonnen, als wolle man alle Parteifunktionäre im Richterstande unterbringen. Kein preussischer Richter habe sich je zu einem Bittbrief der Regierung hergegeben. Man könne doch aber auch nicht von den Richtern verlangen, daß sie ihre politischen Anschauungen von heute auf morgen ändern.

Dr. Berndt, der Sprecher der Demokraten, hielt eine gewisse Kritik an der Justiz für berechtigt. Er sprach sich für den Antrag auf Zulassung der Frauen zur Rechtspflege aus, ebenso auf Abhängigkeit der Familienbeihilfe. Der Zugang zum Richterstand müsse allen Volkstufen offen stehen. Auch der Übergang vom Anwalt zum Richter müsse erleichtert werden. Die Debatte wird heute fortgesetzt.

Die gefährliche Wehrmacht Bewilligungseifer im Hauptauschuß

Die Verhandlungen über den Wehretat im Hauptauschuß nahmen am Dienstag ihren Fortgang. Oberst Koch teilte eingangs mit, daß der Truppenübungsplatz Jossen für Siedlungs-zwecke freigegeben werden soll gegen Entschädigung des kleineren Übungsplatzes Hammerstein. Ueber das Baltikumadventurer konnte das Reichswehrministerium noch keine Auskunft erteilen, da es bei der Abrechnung auf große Schwierigkeiten gestoßen sei. Stücken (Soz.) erstattete nunmehr Bericht über das Ergebnis einer interaktionellen Sitzung. Der unüberprüfliche Etat ermöglichte keine Beratung von Posten zu Posten. Kritisierte die Partei eine Position, so erklärten Vertreter des Reichsministeriums, die Zahlen sind überholt oder der Betrag ist schon verausgabt. An den 4000 Offizieren soll nicht gerüttelt werden, die Parteien verlangen nur eine andere Gradenstellung, damit die vielen hohen Offiziersstellen sich verringern. — Als nunmehr an der Hand einer „Aktion“ in die Beratung über die Gliederung des Offiziers-Regels eintrat, wurde nachstehend die Generäle a. D. der Deutschnationalen Partei einen Ablehnungsblick von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen zu schenken.

Genle (U. S. V.) beantragte zur Geschäftsordnung, daß die Herren ihre geheimen Besprechungen außerhalb des Sitzungssaales führen möchten, was zur Folge hatte, daß der Hof auf kurze Zeit auseinanderzog. — Kuhn (U. S. V.) Meine Partei ist grundrührig gegen die Reichswehr, weil diese Wehr als ein Fremdbesitzer unserer Republik, die sich zu einer sozialistischen Antwort lösen, angesprochen werden muß. Die Reichswehr kann ihre Aufgabe, Ruhe und Ordnung zu schaffen, nicht erfüllen, da die Handlungen dieser Herrscherorganisation zu Unruhe und Unordnungen führen müssen und auch schon geführt haben. In Konsequenz dessen müßten wir die Streichung sämtlicher 4000 Offiziere beantragen. Da wir jedoch in diesem Raum für unseren Antrag keinen Konsensboden finden, werden wir aus politischen, militärischen und finanziellen Gründen die am weitgehendsten Ablehnungsanträge unterstützen. Für die Beibehaltung der vielen höheren Offiziersstellen konnten die Herren Offiziere kein durchschlagendes Argument ins Feld führen. Wenn Herr von Brunnhaus dadurch die Beförderungsmöglichkeiten erhalten wollen will, so zeigt das, in welcher müßigen Atmosphäre sich die Herren bewegen.

Hunderttausende Arbeiter erfüllen Jahr für Jahr die ins hohe Alter gegenüber der Gesellschaft ihre Pflicht, ohne daß sich ihnen irgendwelche Beförderungsmöglichkeiten bieten. Auch der Wegweiser der Offiziere mit den Lehren ist unhaltbar. Der Lehrer hat hohe gesellschaftliche Aufgaben zu erfüllen. 60 bis 80 junge Menschenkinder sitzen in einer Klasse, die er erzieht und heranbilden hat. Und der Offizier? Daß er notwendige Arbeit verrichtet, wage ich gar nicht zu behaupten. 25 Mann sollen ihm unterstellt sein und für diese „schwere“ Arbeit sollen ihm noch Hilfskräfte wie Unteroffiziere usw. zur Seite gestellt werden. Aus all diesen Gründen wird meine Partei eine ablehnende Stellung einnehmen.

Hierauf leitete die Einzelberatung ein über die Gliederung des Offiziersregels. Der Antrag, von den fünf Generalen zwei zu streichen, wurde einstimmig angenommen. Der Antrag, von den 34 Generalmajors 8 zu streichen, wurde abgelehnt, dagegen die Streichung von 6 Generalmajors beschlossen.

Schäpflin (Soz.) beantragte Johann die Streichung von 27 Obersten. Die bürgerlichen Vertreter stimmten jedoch bis auf einen Abgeordneten geschlossen dagegen. Angenommen wurde die Streichung von 16 Obersten. (Der Etat sieht 123 vor.) Jetzt schon zeigt sich, daß trotz der großen Töne, die seit Wochen angeschlagen werden, die Reichswehr fast alles erhalten wird, was sie zu fordern glaubt. Auch die Truppenübungsplätze sollen ihr bleiben. Schäpflin (Soz.) kündigte kurz vor dem Aussteigen an, daß er seinen Umfall an.

Am Schluß der Sitzung führte der Demokrat Heine Beschwerde gegen das Reichswehrministerium, weil dieses den Kampfen, General von Hülsen, mit Beförderung nach Kassel verfehlt habe. Dieser Herr hatte sich in den Kämpfen offen zur Regierung Kapp bekannt und hatte demzufolge abgelehnt, sich auf den Boden der Verfassung zu stellen. Er hat in den Vorstufen Militär nach Hannover geholt. Dadurch war es zu Schwierigkeiten gekommen. Demokraten und Weissenführer sich erwehrt. Trotzdem wurde er gedeckt von dem demokratischen Reichswehrminister Dr. Gehler und von dem sozialdemokratischen Reichspräsidenten Friedrich Ebert. Also der Kappist noch nicht genug, deshalb nahm er schnell noch folgenden Antrag an: Die Berufung eines Offiziers, der nicht auf dem Boden der Verfassung steht, ist unzulässig.

Theorie und Praxis!

Die Trümmer der Münzstraße

Die Rumpfgeneralsversammlung der Betriebsräte vom Montag Abend, geführt von der Sprengkolonne in der Münzstraße, endete mit der Annahme der folgenden Resolution:

„Die Berliner Gewerkschaftskommission hat die von ihr mit der Betriebsrätezentrale vereinbarten, und von den Betriebsräten des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin anerkannten Richtlinien über die Zusammenfassung der Betriebsräte aufgegeben. Sie will ihrerseits die Zusammenfassung der freigewerkschaftlichen Betriebsräte nach den Richtlinien des U. D. G. V. vornehmen. Die Generalversammlung der Betriebsräte erklärt, daß durch den Beschluß der Gewerkschaftskommission die von den Berliner Betriebsräten aufgestellten Richtlinien über die Zusammenfassung aller Betriebsräte nicht aufgehoben worden sind, daß nach wie vor die Zentrale als Beauftragte der Berliner Betriebsräte ihre Funktionen ausüben hat, und daß weiter die Generalversammlung der Betriebsräte das gleiche tun wird. Sie erwartet dasselbe von den Hauptversammlungen der Betriebsräte der Industriegruppen.“

Die Generalversammlung der Betriebsräte macht es jedoch allen Betriebsräten zur Pflicht, an den Versammlungen der Betriebsräte der Industriegruppen, die von der Gewerkschaftskommission einberufen werden, teilzunehmen, bei dem Ausfall der freigewerkschaftlichen Zentrale ihren Einfluß geltend zu machen und zu versuchen, die Leitung zu übernehmen.“

Der erste Abfall dieser Resolution klingt sehr zukunftsfröh. Man tut so, als fühle man sich noch. Im Mittelpunkt des zweiten Abfalls aber steht das verhängnisvolle Wort „jedoch“. Jedoch haben alle Betriebsräte die Pflicht, an den Versammlungen der freigewerkschaftlichen Betriebsräteorganisationen teilzunehmen. Das spricht man aus, weil man weiß, daß man die Betriebsräte von solcher Teilnahme gar nicht abhalten kann. Geht es das aber, nehmen alle Betriebsräte an den freigewerkschaftlichen Zusammenfassungen teil, dann ist die Organisation der freigewerkschaftlichen Betriebsräte in Berlin geschlossen und damit ist sie eine Macht, gegen die die Münzstraße nicht auskommen wird. Die wenigen dem Rufe der Münzstraße folgenden Betriebsräte werden sich in der freigewerkschaftlichen Organisation selbstverständlich als „kommunistische Keimzellen“ fühlen und betätigen. Die Leute von der Münzstraße selbst werden eine Zentrale dieser Keimzellen zu bilden versuchen, und es wird sich sehr schnell herausstellen, daß ihr im ersten Abfall der Resolution angelegndes Weiterbestehen nur noch den Zweck hat, die fruchtbarste Arbeit der Betriebsräte durch das Bestreben von Konfusionen zu stören. Womit diese Leute nur jene Tätigkeit fortsetzen, die sie auch bisher ausschließlich geübt haben. Darauf sind wir gefaßt. Wir haben indes die Gewißheit, daß die Berliner Arbeiterklasse diese Fortsetzung sehr bald erkennen und dieses Treiben sehr schnell jatt bekommen wird. Der Ruf der Müller, Melzahn, Neumann, Wegmann und Genossen ist auf jeden Fall unwiederbringlich dahin, und er wird auch durch diese Resolution und ihr weiteres zersetzendes Rumoren keinen neuen Glanz empfangen. Ihr Bar ist elend zusammengebrochen und die gesunde Einsicht der Arbeiterklasse wird auch seine letzten Trümmer schnell beseitigen.

Staatskontrolle über die holländischen Eisenbahnen. In Holland war das Eisenbahnwesen bisher wie im übrigen Westeuropa und Amerika in den Händen des Privatkapitals. Man haben die zwei maßgebenden Eisenbahngesellschaften einen Vertrag mit der Regierung geschlossen, der dem Staat die Kontrolle über das Eisenbahnwesen in die Hand gibt. Zu diesem Zweck vermehrt die Staats-eisenbahngesellschaft ihr Kapital um 16 auf 40 Mill. Gulden, die holländische Eisenbahngesellschaft um 22½ auf 50 Mill. Gulden. Die neuen Aktien werden vom Staat zu pari übernommen, der dadurch in den Besitz der Aktienmehrheiten beider Gesellschaften gelangt. Der Staat garantiert den Gesellschaften eine Mindestdividende von 5 Prozent, während von einer 6½prozentigen Dividende 80 Prozent an den Staat gehen. Die vollständige Verstaatlichung kann jederzeit erfolgen.

Der Prinz-Prozess

In der Verhandlung im Prinz-Prozess wurde am Montag in der Beweisaufnahme fortgesetzt. Der Nebenkläger, Oberbürgermeister Scheidemann, bestritt nachdrücklich, jemals während seiner Tätigkeit Blankounterschriften aus der Hand gegeben zu haben. Er bestritt ferner, daß jemals ein Verhaftungsbefehl gegen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg vorgelegt habe. Das sei ja auch nicht Sache der Regierung, sondern der Polizei gewesen. Auf die Frage des Rechtsanwalts Rübelle, ob ihm nicht bekannt ist, daß damals das Reichsamt für die Presse in Berlin, in denen für die Festnahme Liebknechts und Rosa Luxemburg eine Verhaftungsbefehl ausgestellt wurde, antwortete Scheidemann: Wir haben davon gehört, und die Entrüstung darüber war unter den Volksbeauftragten allgemein.

Darauf wurde der Kaufmann Georg Klarz vernommen. Er erklärt, das ihm vorgelegte Schriftstück mit dem angeführten Wortlaut nicht unterschrieben zu haben und weist darauf hin, das Dokument das Datum Dezember 1918 trage, also einer Zeit, in der ihm noch kein Mensch in der Öffentlichkeit bekannt sei. Im Reichstag habe er erst seit Januar 1919 verkehrt und in der Öffentlichkeit sei er dann durch die Verleumdungslampagne der Presse bekannt geworden. Es sei ihm wohl möglich, daß er einmal einem Rechtsanwalt oder einer Behörde eine Blankovollmacht gegeben habe, es sei aber ausgeschlossen, daß diese Blankounterschriften in falsche Hände gekommen seien. Er gibt zu, daß der von ihm geträumelte Wachtmeister gegen die Sozialisten gerichtet war, aber nicht zum Angriff, sondern zur Abwehr.

Als nächste Zeugen werden der Kraftfahrer Alfred Behold und sein Bruder Walter Behold vernommen. Der erstere sagt aus, daß ihm Zweifel an der Echtheit des Schriftstückes aufgefallen sei, und daß das Wort „Abdruck“ nicht mehr darauf geschlagen sei, und daß das Wort „Abdruck“ nicht mehr darauf geschlagen sei, und daß das Wort „Abdruck“ nicht mehr darauf geschlagen sei. Er bekennt, daß Heinrich Klarz ihm handschriftlich, wie Prinz ihm das Schriftstück, das Rechtsanwalts Rübelle erhalten sollte, übergeben hat. Er macht die journalistische Aussage, daß einzelne Kapitel und Ueberschriften der Broschüre, die Prinz geschrieben haben soll, von ihm selbst bei Heinrich Klarz in der Wohnung geschrieben wurden. Auf nähere Einzelheiten kann er sich nicht mehr erinnern. Er bestritt auch, jemals gefragt zu haben, daß Prinz 10.000 M. für die Broschüre bekommen hat. Auf die Frage des Vorsitzenden, daß er das Protokoll doch selbst unterschrieben habe, entgegnet Rechtsanwalt Rübelle, daß dann Heinrich Klarz offenbar ein falsches Protokoll aufgeschrieben habe.

Nach der Mittagspause wird der Zeuge Heinrich Klarz vernommen. Er sagt aus, daß ein gewisser Vollenhagen zu ihm gekommen und ihm im Auftrage des Angeklagten Prinz eine Visitenkarte des Redakteurs Specht an den Reichstagsabgeordneten Bruhn, sowie Teile einer Broschüre angeboten habe, in der gegen ihn unangehörliche Vorwürfe erhoben wurden. Auf der Visitenkarte Dr. Spechts stand eine Empfehlung an den Herausgeber der „Freiheit“ für den Angeklagten Prinz, den er bei der Veröffentlichung einer gegen Klarz gerichteten Broschüre beistehen sollte. Durch weitere Fragen an Vollenhagen ermittelte ich, so erklärte der Zeuge, daß dieser bei der Herausgabe von Liebknecht, Luxemburg und Dr. Lenz zugegen gewesen war. Vollenhagen gestand mir, daß alle Behauptungen des Prinz eitel Lüge seien und daß man bei Laska gar keinen Vorwurf vorfinden könne. Ich habe Vollenhagen diese Aussage in meinen Vorlesungen im Reichstag lassen und dann ein Protokoll über seine Aussagen gemacht. Da das Gericht in der ersten Verhandlung gegen Prinz diese Dinge nicht genügend geklärt hatte, vermute ich die Wahrheit zu ermitteln. Ich frage Vollenhagen, ob er die Braut des Prinz, Fräulein Hilde Franmann, kenne. Mir lag nämlich daran, festzustellen, ob sie die sogenannte Kopie des Nordbefeih geschrieben habe. — Zeuge: Herr Vollenhagen bewirbt ich mich bei Ihnen um die Rolle eines Beamten gegen ein Honorar von 100 Mark pro Tag. Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit werden zugesichert.

Über die Höhe der Entschädigungen, die er den Zeugen Danner und Behold gegeben hat, verweigert sich Heinrich Klarz in Widersprüche. Er gibt zu, daß es möglich sei, daß er

ihnen noch mehr wie 100 M. gegeben habe. Dieses Zugeständnis wird zu Protokoll genommen.

Staatsanwalt Heyner: Der Zeuge Klarz hat hier behauptet, daß die Staatsanwaltschaft nicht genügend gearbeitet habe, um Licht in die Angelegenheit zu bringen. Ich stelle fest, daß diese, Ihre Aussage unrichtig ist, und infolgedessen auch ein Licht auf Ihre anderen Behauptungen werfen kann. — Justizrat Berthauer: Ich brauche den Zeugen Klarz überhaupt nicht. — Rechtsanwältin Rübelle und Richter, gleichzeitig: Wir desto mehr! — Rechtsanwältin Richter: Es besteht für uns das Interesse, hier darzutun, daß man Interesse daran hatte, Fräulein Franmann zu befragen. — Rechtsanwältin Rübelle: Ist es richtig, Herr Zeuge, daß Sie ihrem Gegner Prinz einen Anwalt stellen wollten? Sie hatten doch Anzeige gegen Prinz wegen Verleumdung gestellt und wollten ihm trotzdem einen Verteidiger befragen? Das finde ich mindestens sonderbar. — Zeuge Heinrich Klarz: Ich tat das, weil ich glaube Prinz werde ein Geständnis ablegen. — Rechtsanwältin Rübelle: Haben Sie nicht auch Ihrem Hauptgegner Sonnenfeld einen Rechtsanwalt gestellt? Ehe der Zeuge die Frage beantwortet kann, stellt Justizrat Berthauer den Antrag, das Gericht möge diese Frage nicht aufheben. — Rechtsanwältin Rübelle: Es handelt sich für uns darum, endlich einmal das System anzubringen, durch das Herr Heinrich Klarz alle ihm unangenehme Leute auf die Anklagebank bringt und Zeugen beeinträchtigt. — Rechtsanwältin Rübelle: Herr Zeuge, haben Sie dem Vollenhagen dafür, daß er Ihnen die Broschüre zuführte, Geld gezahlt? — Klarz, zögernd: 700 Mark. Rechtsanwältin Rübelle: Schwere gegen den Zeugen nicht ein Verfahren seitens der Staatsanwaltschaft? — Zeuge Klarz: Ich soll eine Frau, die noch einige Monate Arbeitshaus hatte, vorzeitig entlassen haben. Das ist alles. — Staatsanwältin Heyner: Das Verfahren scheint auch noch wegen anderer Dinge. — Rechtsanwältin Rübelle: Punkte der Zeuge, als Danner und Behold zu ihm kamen, daß der Angeklagte Prinz in dem oben im Schwebenden Verfahren als Belastungszeuge eine Rolle spielt? — Zeuge Klarz, zögernd: Ich mußte damals nicht, ob das Verfahren noch weiter ginge. — Rechtsanwältin Richter: Ich finde es auffällig, daß der Zeuge sich an den Staatskommissar für öffentliche Ordnung, Dr. Wissmann wandte und ihm um Rat fragte, ob er Danner und Behold für ihre Mittelmannschaft sehen dürfe. — Rechtsanwältin Rübelle: Was sind die ganze Angelegenheit überhaupt den Staatskommissar Wissmann an? — Heinrich Klarz: Ich kann nichts bestimmtes sagen, aber vielleicht hat mein Bruder Georg mich an Herrn Dr. Wissmann gewendet. — Rechtsanwältin Richter: Es ist sehr merkwürdig, daß sich der Zeuge auch dieses wichtigen Vorganges nicht mehr erinnern will.

Die Verhandlung wurde darauf auf Mittwoch morgen 9 1/2 Uhr vertagt.

Groß-Berlin

Die Glocken der Pfingstkirche

Der Pfarrer der Pfingstkirche läßt den Klingelbeutel herumgehen. Er will Geld sammeln für das Kirchengeläut. Die beiden großen Bronzeplatten sind Opfer des Kriegs geworden, und sie sollen wieder ersetzt werden. Dazu sind 35.000 M. nötig. Allem Anschein nach gibt es in der Pfingstgemeinde keine wohlhabenden Leute, denen ihr Christentum so viel wert ist, um in die Tasche zu greifen und die 35.000 M. aufzubringen. Der Pfarrer Brandt schreibt in einem Sammelbrief selber, daß sich niemand gemeldet habe, der diese Summe schenken wolle, und so müsse er lamellen lassen. Die breiten Massen sollen geben. Eine Hausammlung verankert er.

So acht es immer. Die große Masse soll helfen. Die Reichen überlassen das Zahlen den Armen. Und es gibt immer noch Leute genug, die opfern, derselben Kirche, deren Vertreter ein gestelltes Maß von Schuld durch die Verherrlichung des Krieges auf sich geladen haben.

Die weltliche Schule

bietet dem Volke viele Vorteile gegenüber der heutigen Religionschule. Sie ist in Wirklichkeit Volksschule, während die heutige Schule nur eine Filiale der Kirche ist. Jede Religionsunterweisung fällt weg. Dafür wird Kulturgeschichte im Sinne, wie sich das natürliche Leben und Treiben der Völker und Stämme abspielt, erteilt. Kein Schulgebet mehr mit dem täglichen „unser täglich Brot gib uns heute“; diese Heuchelei hört dort auf. In der Besessung wird kein Kirchenlied mehr gesungen. Das alte Gottes- und Wanderslied wird wieder mehr gepflegt. Keine Schulfeier mehr mit religiösem Charakter, womit die Schule ganz besonders heute noch zeigt, daß sie nur ein Ableger der Kirche ist. Für die in Religion wegfallenden Unterrichtsstunden werden die

weltlichen Fächer mehr berücksichtigt (Rechnen, Deutsch usw.). Die weltlichen Schüler werden nicht mehr wie arme Sünder behandelt und können nicht mehr heuchlerisch zur Teilnahme religiöser Veranstaltungen genötigt werden. In der weltlichen Schule ist kein Gesinnungsunterricht nach Art der wilhelminischen Ära, kein Geschichtsunterricht mehr, in dem nur Hohenzollerndaten hergeplatzt, der Krieg und Militarismus verherrlicht werden. Eltern wacht auf! Reicht dieser alten vermoderten Schule mitlämmt der Kirche die Masse vom Gesicht! Fordert die weltliche Schule!

Im Halleischen-Lor-Bezirk erhoben die Mitglieder des bürgerlichen Blodes bei der Vorstandswahl für die Bezirksversammlung Anspruch auf den Vorsteherstellvertreter, weil sie mit ihren zumammengesetzten Parteipolitern an Zahl die stärkste Fraktion seien. Dieser Auffassung konnte nicht Rechnung getragen werden, weshalb die bürgerlichen Mitglieder die Sitzung verlassen bis auf einige Demokraten, von denen dann ein Mitglied in den Vorstand gewählt wurde. — Im Tiergartenviertel wurde eine Kommission gewählt, welche die Vorstandswahlen vorzubereiten hat.

Im 7. Verwaltungsbezirk (Charlottenburg) wurde die Einführung der neuen Bezirksverordneten durch den Stadtrat Koblenzer vorgenommen. Auf Antrag der Demokraten trat dann eine lange Vertagung der Sitzung ein, um den Fraktionellen Gelegenheit zu geben, zu dem Anspruch der rechtsbürgerlichen Parteien auf Befreiung des Vorsteherpostens Stellung zu nehmen. Nach Wiedereröffnung der Sitzung durch den Altersvorsitzenden, dem Genossen Seidel, wurde in die Wahl eingetreten. Auf den Deutschnationalen, Rektor Köhler, entfielen 33 Stimmen, auf den Genossen Herz 23 (14 Unabhängige und 9 Rechtssozialisten), 3 Stimmzettel (4 Neukommunisten) waren unbeschrieben. Die Demokraten haben demnach den Reaktionsären zu dem Vorsteherposten verholfen, obwohl die Unabhängigen als stärkste Fraktion den Anspruch auf den ersten Vorsteherposten geltend gemacht hatten. Zu stellvertretenden Vorstehern wurden Dr. Herz und Dr. Frenzel (Dem.) gewählt. Zur Vorbereitung der Wahl des Bezirksamts wurde eine Kommission eingesetzt.

6. Verwaltungsbezirk (Halleisches Tor). Kommunale Kommission. Am Mittwoch, den 24. November, abends 6 Uhr, in der Aula der Volksh. 8-9, Versammlung sämtlicher Mitglieder der kommunalen Kommissionen, welche zum Halleischen Tor-Bezirk gehören. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist Pflicht. Die Diskussionsleiter werden gebeten, ebenfalls zu erscheinen. Mitgliedsbuch (Crispien-Lebeowen) legitimiert.

Zu der schweren Missetat an der Gretlin Giller in der Star-garder Straße wird berichtet, daß der Täter, der 17-jährige Taugenichts Wilhelm Widing gestanden hat, daß er mit seinem Freund Erich Radtke die Tat vorbereitet habe. Nachforschungen haben ergeben, daß diese Behauptung unrichtig ist. Gestern stellte sich heraus, daß Radtke im Tegeler Gefängnis sitzt wegen eines Einbruchs, den er mit Widing ausführte. Nun gibt er an, daß ein anderer Bürsche sein Spießgeselle gewesen sei. Ob diese Angaben jedoch richtig sind, bedarf auch noch der Nachprüfung. Auch in seinen sonstigen Angelegenheiten hat der völlig verzogene und verkommene Bürsche nicht die Wahrheit gesagt. So erzählte er zunächst, daß er von seinem Vater vor ungefähr fünf Tagen vor die Tür gesetzt worden sei. Inzwischen aber hat sich herausgestellt, daß er zuletzt gar nicht bei seinen Eltern, sondern in der Fürsorgeanstalt Struweshof war. Dort ist er am vergangenen Donnerstag ausgeführt. Vom Anhalter Bahnhof, wo er angekommen war, begab er sich zu seiner Mutter, wo er seine Anstaltskleider gegen andere umwechselte und begab sich dann nach dem Stettiner Bahnhof, wo er die Bekanntschaft Gleichgesinnter machte, mit denen er allerdings Gelegenheitsarbeiten, Kofferttragen und dergl. verrichtete. Wie er jetzt behauptet, hätte er mit seinem Spießgesellen die Absicht gehabt, den Erlös aus dem Raubmord dazu zu verwenden, um aufs Land zu gehen und dort Stellung anzunehmen.

Die Heberfüllung der Arbeiterzelle in den Morgenstunden, die wir wiederholt gezeigelt haben, führt oft dazu, daß mancher Arbeiter, der zu seiner Arbeitsstätte muß, entweder in eine andere Klasse übergehen muß, oder aber, um nur mitzukommen, gar in dem leerstehenden Bremsenhauschen Platz nimmt. In solchen Fällen ist die Bahnpolizei sofort mit Stöcken bei der Hand, die oft den Arbeitsverdienst eines ganzen Tages beanspruchen, wenn die erfolgende Esstierung der Arbeiter nicht noch nötig, einen später fahrenden Zug zu benutzen und außerdem noch schwere materielle Schädigung in den Kauf zu nehmen. Die es Strafsystem gegen Arbeiter, die für sich und ihre Familien den Unterhalt schwer verdienen müssen, ist unheilbar. Es muß verlangt werden, daß die Eisenbahndirektion Vorkehrung trifft, daß die Arbeiter zu ihren Arbeitsstätten so beschützt werden, wie das dem Bedürfnis entspricht. Kommt die Eisenbahnverwaltung dieser Pflicht nicht nach, so soll sie für ihre Pflichtvernachlässigung nicht noch die Arbeiter bestrafen. Anklage müßte gegen die Verwaltung und nicht gegen die Arbeiter erhoben werden, wenn Recht gelten soll.

Sunger

Roman von Knut Hamsun.

Ich befe vor Erregung und Erstarrung, stehe noch immer auf demselben Fleck, Flüche und Schimpfworte zischend, schluchzend nach dem heftigen Weinen, geknickt und schlaff nach dem wahn sinnigen Jornesausspruch. Ich stehe vielleicht eine Stunde und schluchze und stüftere und halte mich fest an der Tür. Dann vernehme ich Stimmen, ein Gespräch zwischen zwei Männern, die in den „Schmiedebegang“ hineinkommen. Ich entferne mich von der Tür, schleppe mich an den Häusermauern entlang und komme wieder in die erleuchteten Straßen. Während ich Youngbalken hinuntersteige, beginnt mein Gehirn plötzlich nach einer seltsamen Richtung hin zu arbeiten. Mir fällt ein, daß die elenden Baracken unten am Rande des Marktes, die Materialbuden und die alten Holzverschlüge mit getragenen Kleidern ein Schandstiel für die Gegend seien! Sie verdarben das Aussehen des ganzen Platzes und verunstalteten die Stadt, mußte man mit dem Kram! Und ich möchte in Gedanken einen Heber Schlag, wieweil es wohl kosten könnte, das geographische Institut wegzurücken, jenes schöne Gebäude, das mich jedesmal, wenn ich vorüberging, so sehr angeprochen hatte. Ein Weiterdenken dieser Art ließ sich vielleicht nicht unter 70 bis 72.000 Kronen ausführen, — eine nette Summe, das mußte man sagen, ein allerdings nettes Taschengeld, ha, ha, für den Anfang, was? Und ich nickte mit meinem leeren Kopf und gab zu, daß es für den Anfang ein nettes Taschengeld sei. Ich bebte noch immer am ganzen Körper und schluchzte dann und wann noch tief nach dem Weinen.

Ich hatte die Empfindung, als sei nicht mehr viel Leben in mir, als piffte ich auf dem letzten Loch. Das war mir übrigens ziemlich gleichgültig, es beschäftigte mich nicht im mindesten; im Gegenteil, ich ging hinunter durch die Stadt, nach den Landungsbrücken, immer weiter fort von meinem Zimmer. Ebenso gut hätte ich mich platt auf die Erde legen können, um zu sterben. Die Schmerzen machten mich nach und nach empfindungslos; in meinem Fuß wurde und klopfte es; mir war sogar, als zöge der Schmerz sich bis in die Wabe hinauf, und nicht einmal das tat mir sonderlich weh. Ich hatte schon Kergeres ausgehalten. Ich gelangte hinunter nach dem Eisenbahnquai. Kein Geräusch, kein Lärm, nur hier und dort ein Mensch zu sehen, ein Lastträger oder ein Seemann, der mit den Händen in

den Taschen umherschleuderte. Mir fiel ein lahmer Mann auf, der mich starr anschielte, als wir aneinander vorüberliefen. Instinktiv hielt ich ihn an, grinsten und fragte, ob die „Konne“ schon abgefegelt sei. Und darauf konnte ich es mir nicht verjagen, dicht unter der Nase des Mannes mit den Fingern zu knipsen und zu sagen: „Tod und Teufel, ja, die „Konne!“ Die „Konne“, die ich ganz vergessen hatte! Der Gedanke an sie hatte trotzdem unbewußt in meinem Innern gekröhelt, ich hatte ihn mit mir herumgetragen, ohne es zu wissen.

Ja, Gott behüte, die „Konne“ sei allerdings fort. Er könne mir wohl nicht sagen, wohin sie abgefegelt sei?

Der Mann überlegt, steht auf dem lahmen Bein und hält das kurze in der Luft: das kurze baumelte ein wenig.

„Rein“, sagte er. „Wissen Sie, was sie geladen hat?“

„Rein“, antwortete ich.

Aber jetzt hatte ich die „Konne“ schon vergessen und fragte den Mann, wie weit es wohl noch Holmestrand sein könne, in guten, alten geographischen Weisen gerechnet.

„Nach Holmestrand? Ich nehme an...“

„Oder nach Vaellingsnes?“

„Was ich sagen wollte: ich nehme an, daß es nach Holmestrand...“

„O hören Sie, ehe ichs verache“, unterbrach ich ihn wieder, „würden Sie wohl so gut sein, und mir ein kleines Stück Tabak geben, nur ein klein winziges Stück!“

Ich bekam den Tabak, danke dem Manne sehr warm und ging. Ich machte keinen Gebrauch von dem Tabak, sondern steckte ihn sofort in die Tasche. Der Mann behielt mich noch immer im Auge, ich hatte vielleicht auf irgend eine Weise sein Mißtrauen geweckt: wo ich ging und stand, hatte ich diesen mißtraulichen Blick hinter mir, und es war mir nicht angenehm, von diesem Menschen verfolgt zu werden. Ich lehnte um, schleppte mich wieder hin zu ihm, setzte ihn an und sagte:

„Kadler.“

Nur dies eine Wort: Kadler. Sonst nichts. Ich sehe ihn starr an, indem ich es sage, ich fühlte, daß ich ihn fürchterlich anstarrte; es war, als ob ich ihn mit dem ganzen Körper anstarrte, anstatt nur mit den Augen. Nachdem ich dies Wort gesprochen, bleibe ich wieder einen kurzen Augenblick stehen. Dann schleiche ich wieder hinaus nach dem Eisenbahnplatz. Der Mann gab keinen Laut von sich, er behielt mich nur im Auge.

Kadler? Ich stand plötzlich still. Ja, das hatte mir doch

gleich geahnt: den Krüppel hatte ich schon irgendwo getroffen. Oben an der „Grenze“, an einem klaren Morgen; ich hatte meine Weste verfehlt. Mir war, als sei eine Ewigkeit seit jenem Tage vergangen.

Während ich hierüber nachdenke — an eine Hausmauer an der Ecke des Platzes und der Havnegade geklopft — fahre ich plötzlich zusammen und versuche weiterzuklopfen. Als ich dazu nicht instande bin, starrte ich fest geradeaus und beiße aller Scham den Kopf ab, es gab keinen anderen Ausweg. — Ich stehe dem „Kommandeur“ von Angesicht zu Angesicht gegenüber.

Ich werde rücksichtslos frech und trete sogar noch einen Schritt vor, um ihn aufmerksam auf mich zu machen. Und das tue ich nicht, um Mitleid zu wecken, sondern um mich selbst zu verhöhnen, mich an den Fränger zu stellen; ich hätte mich auf dem Straßenpflaster wälzen und den „Kommandeur“ bitten mögen, über mich weg zu gehen, mir ins Gesicht zu treten. Ich sage nicht einmal „Guten Abend“.

Der „Kommandeur“ ahnte vielleicht, daß irgend etwas mit mir nicht in Ordnung sei, er ging ein wenig langsamer, und ich sagte, um ihn aufzuhalten:

„Ich wäre schon bei Ihnen gewesen und hätte Ihnen was gebracht aber es ist immer noch nichts Rechtes geworden.“

„So?“ sagt er fragend. „Sie haben es also noch nicht fertig?“

„Rein, ich habe es noch nicht fertig.“

Bei der Freundlichkeit des „Kommandeurs“ traten mir plötzlich die Tränen in die Augen und ich räuspere mich und huste um mich zu verhärten. Der „Kommandeur“ sieht mich an.

„Haben Sie inzwischen was zum Leben?“ fragt er. „Rein, auch nicht“, sage ich. „Ich habe heute noch nicht gegessen, aber...“

„Gott bewahre, es geht doch nicht, daß Sie verhungern, Mensch!“ sagt er und greift plötzlich in die Tasche.

Jetzt erwacht das Schamgefühl in mir, ich taumle an die Hausmauer zurück, und halte mich fest und sehe, wie der „Kommandeur“ in seinem Portemonnaie sucht; aber ich sage nichts. Er gibt mir einen Zehnkrone Schein. Weiter gar keine Umstände — er gibt mir ganz einfach einen Zehnkrone Schein. Junglich wiederholt er, daß ich doch unmöglich verhungern dürfe.

Ich rottete einen Einwand und nahm den Schein nicht sofort. Es war schmachvoll von mir... es war auch allzuviel... Forts. folgt.

